

**Rede von Fraktionsvorsitzendem Andreas Hesky für die Fraktion der Freien Wähler zur Einbringung des Haushalts 2019 in der Regionalversammlung am 24.10.2018**

***Sperrfrist 24.10.2018, 15 Uhr  
Das ist das gesprochene Wort!***

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Bopp,  
sehr geehrte Frau Regionaldirektorin Dr. Schelling,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

schon immer ist es uns Freien Wählern ein Anliegen, dass sich der Verband auf seine Kernaufgaben konzentriert. Denn diese sind maßgeblich dafür verantwortlich, dass unsere Region der Wirtschaftsstandort Nummer 1 in Baden-Württemberg ist und bleibt. Das liegt nicht nur an unseren hervorragenden Betrieben, sondern auch an der hohen Lebensqualität in unserer Region. In all ihren 179 Kommunen lässt es sich gut arbeiten und leben. Das soll auch weiterhin so sein.

Wir sollten, auch im Interesse unserer Regionalverwaltung, der wir hohe Anerkennung für ihren kompetenten Einsatz zollen, dem Grundsatz folgen: „Man kann nicht auf allen Hochzeiten tanzen!“. Die Geschäftsstelle ist, so unser Eindruck, gut ausgelastet und nicht allzu üppig besetzt. Die neu beantragten Stellen tragen wir mit. Gleichwohl wollen wir dazu aufrufen, auch mit Blick auf die Verbandsumlage, für einen effizienten Einsatz des Personals Sorge zu tragen. Der Verband darf sich nicht verzetteln, sondern muss die Aufgabenfelder bearbeiten, die dafür sorgen, dass sich etwas bewegt.

Bewegung ist aus unserer Sicht im Bereich der Gewerbeflächen notwendig. Wir sind glücklicherweise in einer Zeit der Hochkonjunktur und der Vollbeschäftigung. Zu denken, „wir haben genug“ und „mehr muss nicht sein“, wäre aber die völlig falsche Haltung.

Zeiten des Wachstums bringen Platzbedarf mit sich. Weil Produktionen ausgeweitet werden und weil wir vor einer Transformation der Wirtschaft stehen, wie wir es nur selten in dieser Dynamik und Intensität bisher erlebt haben. Das Rad dreht sich immer schneller.

Als Freie Wähler ist es uns wichtig, dass wir den Unternehmen bedeuten: Sie haben uns und den Verband an ihrer Seite. Wir sprechen oft über Industrie 4.0 und über den Umbau auf elektrisches Fahren. Sprechen allein genügt nicht. Wir müssen Raum und Flächen anbieten. Denn es zeigt sich, dass neue Produktionen bisherige nicht ersetzen, sondern additiv hinzukommen.

Wenn wir diese Flächen den Betrieben nicht bei uns anbieten, suchen sie diese woanders. Wir hätten das Nachsehen und die neue Zukunftstechnologie wäre nicht mehr bei uns. Das können wir doch nicht wollen.

Daher haben wir Freien Wähler auch den Maßnahmen, die aus der Gewerbeflächenstudie abgeleitet sind, zugestimmt. Sie sind aber der Not geschuldet, dass wir als Region an die Grenzen unserer Einflussnahme kommen. Wir können werben, Monitorings durchführen, Kulissen fortschreiben, Arbeitskreise einsetzen, wir können mit Zuschüssen winken.

Aber zum „Gewerbeflächenmacher“ wird der VRS dennoch nicht. Das wollen wir Freien Wähler auch nicht. Wir setzen auf die kommunale Selbstverwaltungshoheit, die ihre Kraft aus der Kompetenz in der Sache vor Ort und die Einsicht aus der Notwendigkeit heraus zieht, Gewerbegebiete ausweisen zu müssen.

Wir sind gespannt, ob sich eine Kommune findet, die einen strategischen regionalen Vorhaltestandort gemeinsam mit dem Verband ausweist. Selbst diesen Weg tragen wir mit, obwohl er eigentlich unserer Grundhaltung, dass sich die Region aus dem operativen Geschäft heraushalten sollte, zuwiderläuft. Aber vielleicht wäre es auch ein lehrreicher Prozess für regionale Planer und Wirtschaftsförderer, sich auf die Ebene kommunalen Handelns zu begeben, denn dann verlässt man die regionale Flughöhe und steht auf dem Boden der Tatsachen.

Zu den Tatsachen gehört es auch, dass die Region wächst und immer mehr Menschen bei uns leben wollen, weil sie hier arbeiten oder weil es ihnen hier gefällt. Wir verstehen das.

Auch das gehört zur Zukunftsfähigkeit, denn viele, die bei uns eine Wohnung suchen, sind Fachkräfte. Der Wohnungsmangel ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Alle Einkommensgruppen tun sich schwer, eine passende Wohnung zu finden.

Unser Mahnen, den Kommunen zu helfen, die neue Wohnbauflächen ausweisen wollen, zeigt Wirkung. Die Verbandsgeschäftsstelle sucht Wege, die gangbar sind. Aber wir alle sind genauso gefordert und dürfen nicht locker lassen, dass uns das Land unkonventionelle Lösungen ermöglicht.

Die Ausweisung eines Baugebiets im Flächennutzungsplan ist heute kein Garant mehr dafür, dass das Gebiet umgesetzt wird. Manche Grundstückseigentümer verweigern sich. Man muss es den Kommunen ermöglichen, an mehreren Stellen Bauland im FNP auszuweisen, da nicht jedes Baugebiet letztlich auch realisiert werden kann. Diese Pool-Lösung könnte helfen, sie ist aber bisher vom Land nicht erlaubt.

Ich will klarstellen, dass wir Freien Wähler nicht die Landschaft über Gebühr mit Wohngebieten und Gewerbegebieten beanspruchen wollen. Unsere Natur, der Freiraum und auch die Betriebsflächen für die Landwirtschaft, sind hohe Güter, die es zu schützen gilt. Wir mahnen aber zur Ehrlichkeit und sagen: Wer möchte, dass Wohnungen gebaut werden, muss sagen, wo. Wer möchte, dass neue Technologien in der Region Stuttgart bleiben, muss sagen, wo sie Platz finden sollen.

Wir setzen auch auf qualitätvolle Innenentwicklung. Die Vorgabe, den sozialen Frieden in gewachsenen Wohnquartieren zu erhalten, ist für uns kein Lippenbekenntnis. Wir sind auch nicht diejenigen, die gängelnd vorgeben, dass Wohnraum kleiner werden muss. Wir treten leidenschaftlich für Freiheit ein. Die nicht grenzenlos ist, aber auch keine Worthülse.

Auch im gewerblichen Bereich kann nur dann Nachverdichtung gefordert werden, wenn sie technisch und ökonomisch machbar ist. Der Verweis auf Gewerbebrachen verhallt bei uns Freien Wählern nicht. Dennoch liegt es bei Gewerbebrachen zumeist in der Hand privater Eigentümer, wie diese genutzt werden. Auch hier gilt, dass wir auf Einsicht setzen.

Hohe Einsichtsfähigkeit hat die Regionalversammlung bewiesen, als sie den Regionalverkehrsplan verabschiedet hat. Nun müssen wir tun, was zu tun ist. Das wollen wir sicherstellen und beantragen, dass immer zu Beginn, in der Mitte und gegen Ende einer Legislaturperiode aufgezeigt wird, welche Maßnahmen des Regionalverkehrsplans bearbeitet werden und in welchem Stadium der Umsetzung sie sind.

Mobilität ist die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der Region, sofern die Menschen nicht im Stau stehen, Busse und Bahnen fahren und auf dem Radweg freie Fahrt ist.

Für den ÖPNV haben wir in den vergangenen Monaten viel getan. Die Tarifreform macht die Nutzung einfacher und auch billiger. Einverstanden. Da haben wir zugestimmt. Aber was machen wir, wenn die Menschen tatsächlich bereit sind, den Modal Split zu ändern und die viel gepriesene Erhöhung „um 20 % Punkte“, was einer Verdopplung der Fahrgastzahlen entspricht, sich in die Züge und Busse drängt? Nicht einmal die Regionalversammlung kann beschließen, dass auf jedem Zweiersitz vier Personen Platz finden sollen.

Kurzum: Wir brauchen rasch mehr Kapazität, wenn wir den Ruf der S-Bahn nicht - noch mehr - gefährden wollen. Sonst würde sich die Regionalversammlung dem Vorwurf aussetzen, dass man für die verstärkte Nutzung des ÖPNV eintritt, ohne zu sagen, wo die Menschen fahren sollen. Schließlich wurde versprochen, dass man nicht am Bahnhof oder der Bushaltestelle stehen bleiben muss, weil „Bus und Bahn wegen Überfüllung geschlossen sind“.

Nachdem es heute in der Zeitung steht - über die nichtöffentliche Sitzung wird korrekt berichtet - ist es wohl nun allen klar, dass wir in kürzester Zeit rund 50 neue S-Bahnzüge benötigen. Wegen der Tarifreform, der Umsetzung des 15-Minuten-Takts, wegen Verstärkerzügen auf der S6, und um mehr Langzüge auf das Gleis zu setzen. Wenn man sich mit den Rahmenbedingungen beschäftigt, sieht man, dass es fünf vor zwölf ist, um die Bestellungen auszulösen.

Wer nun in den Haushalt blickt, stellt fest: Fehlanzeige. Das in der Reserve geparkte Geld reicht nicht für die neuen Züge. Ohne Mittel von Bund und Land ist das nicht zu stemmen. Da muss rasch und gut verhandelt werden. Unseren Eigenanteil muss man auch denjenigen aufzeigen, die das letztlich bezahlen, nämlich den Landkreisen und den Kommunen.

Die Tarifreform wird gerade in den Kreistagen eingepreist. Wir können froh sein, dass derzeit genügend Geld vorhanden ist. Sonst würde sich die Freude ob der Reform womöglich rasch legen.

Wir Freien Wähler tragen die Verbesserung des ÖPNV mit, weil er wieder zum qualitativollen Rückgrat der Wirtschaftsregion werden muss.

Auch ETCS muss rasch forciert werden. Falls damit die Kapazität der Stammstrecke erhöht werden kann, sehen wir eine Mitfinanzierung durch den Verband als möglich an. Nur der Pünktlichkeit wegen wäre es Bahnsache.

Wenn man sich diese Herausforderungen vor Augen hält, den Mangel an Gewerbe- und Wohnbauflächen zu beseitigen und dafür zu sorgen, dass der ÖPNV leistungsfähig bleibt, hat die Region alle Hände voll zu tun. Denn an diesen Zukunftsthemen wird sich entscheiden, wie es mit der Region weitergeht.

Deutlich vor Augen haben wir die Bürgerumfrage. Weil aus ihr die Notwendigkeit erkennbar ist, dass wir noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Der Verband feiert nächstes Jahr sein 25. Jubiläum. Es waren 25 „gute“ Jahre. Wir haben gemeinsam viel vorangebracht und müssen das Erreichte der Zukunftsfähigkeit wegen auch erhalten.

Durch die Bürgerumfrage wurden Stärken und Schwächen erkannt, die Menschen haben beschrieben und bewertet, was ihnen wichtig ist. Es ist letztlich unerheblich, auf welchem Rang etwas eingeordnet wurde. Die Themen sind entscheidend. Und noch entscheidender ist die Erkenntnis, dass die Bereitschaft nur mäßig ausgeprägt ist, an der Problemlösung mitzuwirken, wenn damit auch individuelle Einschränkungen verbunden sind.

„Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“, hat noch nie funktioniert. Dennoch darf man sich weder auf den Standpunkt stellen, dann lassen wir es eben, wie es ist, noch dazu neigen, ablehnende Haltungen einfach vom Tisch zu wischen. Beides führt zur Politikverdrossenheit.

Bisher konnte sich die Arbeit des Verbands Region Stuttgart vor allem auf Verbots- und Angebotsplanungen beschränken. Dies wird nicht mehr ausreichen, wenn unsere Region zukunftsfähig bleiben soll. Es wird darauf ankommen, dialogorientiert und in partizipativen Prozessen zu arbeiten. Das wird Überzeugungsarbeit und vor allem mutiges Handeln erfordern, aber wenn wir etwas bewegen wollen, führt kein Weg daran vorbei.

Wir freuen uns auf die anstehenden Haushaltsberatungen.